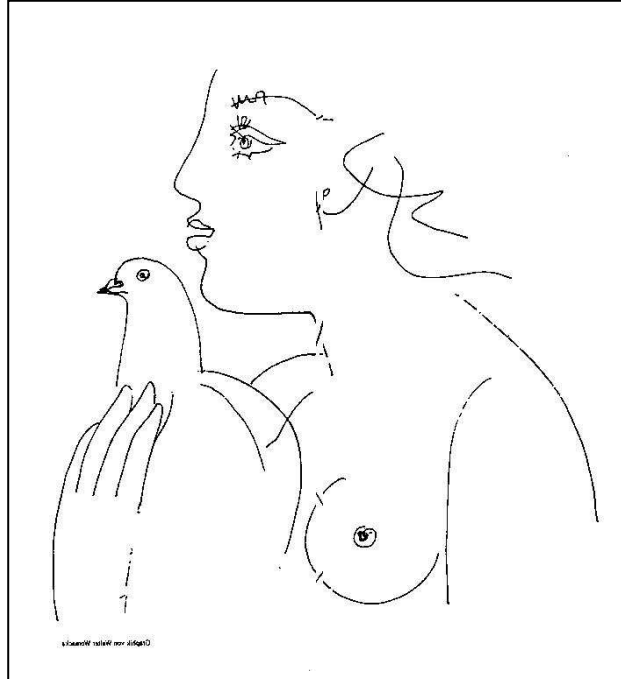


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 74



Die Duldung von Kriegen überwinden

von

Prof. Dr. Dr. Ernst Woit

Beitrag zu einem Symposium
„Frieden schaffen ohne Waffen“

Angesichts der Kriege, die gegenwärtig geführt werden und an denen auch Deutschland zunehmend beteiligt ist, eine wahrhaft historische Aufgabe.

Machen wir uns die Situation klar, in der wir uns diese Aufgabe stellen. Sie wurde vom früheren Bundesverteidigungsminister und langjährigen Chef der SPD-Bundestagsfraktion Peter Struck im März 2008 meiner Meinung nach sehr realistisch und zugleich zynisch antidemokratisch so charakterisiert: „Es ist völlig klar, dass die SPD, aber auch die Union, die FDP und weite Teile der Grünen mit der klaren Unterstützung des Afghanistan-Einsatzes gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung stehen. Dennoch bleibe ich dabei: Die Interessen Deutschlands werden auch am Hindukusch verteidigt.“⁽¹⁾ Damit ist eine Situation charakterisiert, in der die Mehrheit der Deutschen diesen Krieg zwar ablehnt, zugleich aber duldet, dass die durch ihre Wahlentscheidung in Deutschland regierenden Politiker diesen Krieg führen. Um zu erreichen, dass die zwischen den Staaten existierenden Interessenkonflikte künftig nur noch friedlich, ohne Waffeneinsatz ausgetragen werden, müssen die Friedenskräfte systematisch und ideenreich daran arbeiten, die bisherige Duldung von Kriegen durch eine den Krieg als Mittel der Politik bereits mehrheitlich ablehnende Bevölkerung zu überwinden. Dafür möchte ich einige Anregungen geben.

Aktivierung des Gedächtnisses

Wer heutige Kriege beenden und künftig Kriege verhindern will, braucht vor allem ein gutes historisches Gedächtnis und präzise Kenntnisse über die Lügen, mit denen vor allem die jüngsten Kriege gerechtfertigt wurden und über die strategischen Ziele, für die diese Kriege geplant und geführt wurden bzw. werden.

Wir dürfen z.B. nicht müde werden, daran zu erinnern, dass die USA Afghanistan am 7. Oktober 2001 mit der offiziellen Be-

¹ Junge Welt, 17.3.2008, 5.4.

gründung überfielen, damit auf den Terroranschlag vom 11. September 2001 zu reagieren und in Afghanistan Osama bin Laden als den angeblich dafür Verantwortlichen fangen zu wollen. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, dass die von der USA-Regierung auf dem Hintergrund dieses bis heute nicht völlig aufgeklärten Terroranschlages vom „11. September“ entwickelten Begriffe „Krieg gegen den Terrorismus“, „Schurkenstaaten“, „Achse des Bösen“ nur ein Ziel hatten: die seit langem – genauer: seit dem Untergang der Sowjetunion – geplanten Kriege der USA zur imperialen und neokolonialen „Neuordnung der Welt“⁽²⁾ zu rechtfertigen. Es sei hier nur daran erinnert, dass der US-Kongress bereits am 19. März 1999 – fünf Tage vor Beginn des Angriffskrieges gegen Jugoslawien – das sog. „Seidenstraßen-Strategie-Gesetz“ (*Silk Road Strategy Act*) beschloss. Mit diesem „Gesetz“ definierte der US-Kongress die umfassenden wirtschaftlichen und strategischen Interessen der USA an der Beherrschung einer riesigen Region, die sich vom Mittelmeer bis nach Zentralasien erstreckt.

Immer wieder müssen wir auch daran erinnern, dass die USA-Regierung zur Rechtfertigung ihres Aggressionskrieges gegen den Irak keine Hemmungen hatte, ihren Außenminister Colin Powell selbst vor dem UN-Sicherheitsrat mit der Lüge auftreten zu lassen, Saddam Hussein verfüge über Massenvernichtungswaffen. Dabei hatte der US-Kongress bereits am 28. September 1998 den „Iraq Liberation Act“ beschlossen, dessen strategische Zielsetzung James Woolsey (1993/94 Chef der CIA) unmittelbar vor dem Einmarsch der US-Streitkräfte in den Irak in einem Spiegel-Interview so charakterisierte: „Wir müssen dem Nahen Osten die Ölwanne wegnehmen. ... Man braucht eine langfristige Strategie. ... Wir fangen jetzt mit dem Irak an.“⁽³⁾

Es sei auch daran erinnert, dass unmittelbar nach dem Überfall der USA auf den erdölreichen Irak auch in den deutschen konservativen Medien ganz offen der Beginn einer ganzen „neoko-

² Siehe: E. Voit/W. Scheler (Hg.): Kriege zur Neuordnung der Welt. Berlin 2004.

³ Der Spiegel, Nr. 4/2003, S. 109.

lonialistischen Epoche“ gefeiert wurde. So hieß es in einem reaktionellen Artikel der FAZ just am Tage des Überfalls der USA auf den Irak: „Der Irak soll als Feind verschwinden, indem die Amerikaner ihn mit imperialen Mitteln neu gründen. Die Verwerfungen der postkolonialen Zeit werden durch einen neuen demokratischen Kolonialismus zugeschüttet.“ (4)

Nicht vergessen werden darf auch, wie sehr die Vertreter des deutschen Imperialismus mit der Politik der nach *Neuordnung der Welt* durch immer neue Aggressionskriege strebenden USA übereinstimmten und bisher immer noch übereinstimmen. Grundsätzlich dafür die vom CDU-Politiker Wolfgang Schäuble Anfang 2002 vertretene Position: „Die Möglichkeit, mit militärischen Mitteln politische Ziele zu erreichen, bergen sehr viel begrenztere Risiken als vor zehn Jahren.“ (5)

Vergegenwärtigen wir uns die zuvor bereits genannte die Behauptung des SPD-Politikers Struck, die Sicherheit Deutschlands werde am Hindukusch verteidigt. Um was es dabei wirklich geht, hat sein Vorgänger als Bundesverteidigungsminister, Scharping, bereits im Januar 2002 mit der Erklärung deutlich gemacht: „In 25 Jahren ist das Gas in der Nordsee alle, aber in der Region um Afghanistan und im Kaukasus ist alles vorhanden. Und ob dort regionale Sicherheit entsteht, ist im Interesse aller, die in Zukunft aus der Region Energie beziehen wollen.“ (6)

Versteckte und offene Kriegshetze bekämpfen

4 FAZ, 20. 3. 2003, S. 37.

5 Die Zeit, Nr. 10 v. 28.2. 2002, S. 5.

6 Junge Welt, 23. 1. 2002, S. 5.

Als Friedenskämpfer ist man immer wieder mit unterschiedlichen - mehr oder weniger raffinierten - verbalen Täuschungsmanövern der Kriegsherren konfrontiert.

So ist es alles andere als ein Zufall, dass USA und NATO es vermieden haben und vermeiden, ihre Aggressionskriege gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak als *Kriege* zu bezeichnen. So erklärte Bundeskanzler Gerhard Schröder am 24. März 1999 in seiner Fernsehklärung anlässlich des NATO-Überfalls auf Jugoslawien: „Heute Abend hat die NATO mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. ... Der jugoslawische Präsident Milosevic führt dort einen erbarmungslosen Krieg. ... Wir führen keinen Krieg. ... Aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen...“ (7)

Während Bundesverteidigungsminister Jung es peinlichst vermied, den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan als Krieg zu bezeichnen, erzeugte sein Nachfolger einigen Wirbel mit seiner Einschätzung, es handele sich um die Teilnahme an einen „nicht-internationalen bewaffneten Konflikt“ bzw. einen Einsatz unter „kriegsähnlichen Zuständen“. Inzwischen hat Bundesaußenminister Guido Westerwelle in einer Regierungserklärung am 10. Februar 2010 vor dem Bundestag gefordert, das, was USA und NATO da in Afghanistan seit mehr als acht Jahren veranstalten, „als bewaffneten Konflikt im Sinne des humanitären Völkerrechts zu qualifizieren“. (8)

Diese Begriffswahl ist ein übler Täuschungsversuch. Denn: wer ist schon gegen ein ‚*humanitäres Völkerrecht*‘! Vor allem aber: wer weiß, dass der Begriff „humanitäres Völkerrecht“ seit den Vier Genfer Abkommen vom 12. August 1949 an die Stelle des bis dahin gültigen Begriffes „Kriegsvölkerrecht“ getreten ist – nicht zuletzt mit dem Ziel, „in der Legitimierung der Gewalt

7 Nach: H. Loquai: Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg. Baden-Baden 2000, S.9.

8 Nach: Das Parlament, Nr. 7 v. 15.2. 2010. Debattendokumentation, 5.1.

gleichzeitig ihre (bis jetzt vergebliche) Zivilisierung“ anzustreben. (9)

Wenn ein neokolonialistischer Interventionskrieg mit großem Medienaufwand begrifflich als ‚Realisierung des humanitären Völkerrechts‘ propagiert wird, so muss man das wohl als eine raffinierte und heimtückische Form von Kriegshetze bezeichnen.

Daneben gab und gibt es in Deutschland auch weniger raffinierte, offenere Formen von Kriegshetze. So sah Christian Hacke, früher Professor an der Bundeswehr-Universität Hamburg, heute an der Universität Bonn, nach Beginn des Krieges gegen den Irak die Möglichkeit des Weltfrieden nur noch als ‚*Pax Americana*‘: „Wer Krieg verhindern will, muss letztlich bereit sein, ihn zu führen. ... Wer von der amerikanischen Hegemonie nichts wissen will, der kann die Hoffnung auf Weltfrieden begraben.“ (10)

Um brutal offene Kriegshetze handelt es sich, wenn das politische Nachrichten-Magazin „Der Spiegel“ am 20.11.2007 mit dem Titel-Blatt erscheint: „Die Deutschen müssen das Töten lernen. Wie Afghanistan zum Ernstfall wird.“ Diese Hetze fortsetzend erschien der „Spiegel“ am 30. 11. 2009 mit dem Titelblatt: „Wann dürfen die Deutschen töten? Die Bundeswehr, Afghanistan und der Krieg im 21. Jahrhundert“. In beiden Fällen ist die deutsche Öffentlichkeit offenbar ziemlich unbeeindruckt geblieben. Mir ist jedenfalls keine dem Charakter dieser Kriegshetze entsprechende Empörung und Kritik bekannt geworden. Auch nicht seitens der Friedensbewegung. Auch das halte ich für ein Merkmal der Duldung dieses Krieges durch Menschen, die ihn gleichzeitig ablehnen.

Mögliche Schwerpunkte einer inhaltlichen Orientierung

9 N. Paech/ G. Stuby: Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen. Hamburg 2001, S. 602

10 Ch. Hacke: Deutschland, Europa und der Irakkonflikt.
In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Nr24-25/2003, S.16..

Um Fortschritte im Kampf zur Beendigung gegenwärtiger und zur rechtzeitigen Verhinderung geplanter Kriege zu erreichen, ist eine inhaltliche Orientierung unserer Friedensarbeit notwendig, die unsere Kräfte für entsprechende Aktionen massenwirksam bündeln und verstärken hilft. Aus meiner Sicht könnten die gegenwärtig vor allem folgenden inhaltlichen Schwerpunkte sein:

- *Schluss mit dem Krieg in Afghanistan!!*
- *Zurück zur UNO-Charta*
Insbesondere Verbot von Angriffskriegen und Verpflichtung zur friedlichen Konfliktlösung und zur völkerrechtlichen Gleichbehandlung aller Staaten.
- *Abrüstung statt Aufrüstung !*
Dabei insbesondere eine intensive Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass die USA allein 48 % und die NATO insgesamt 68 % der Weltrüstungsausgaben realisieren. Wenn dagegen der Anteil Chinas bei 8% und der Russlands bei 5% liegt, ist offenkundig, welche der mächtigsten Staaten der heutigen Welt ihre Politik mit Kriegen durchsetzen wollen und welche nicht.
- *Gleiche Sicherheit für alle ! Schluss mit unterschiedlichen Maßstäben !*
Erinnert sei hier nur an die seit Jahrzehnten unterschiedliche Sicherheit der Palästinenser und der Israelis sowie die Achtung bzw. Nichtachtung des Kernwaffensperrvertrages durch einzelne Staaten. Gleiche Sicherheit für alle kann und wird es aber letztlich nur geben können, wenn weltweit Verteilungsgerechtigkeit verwirklicht und endlich Schluss damit gemacht wird, dass die Staaten des kapitalistischen Imperialismus mit 20 % der Weltbevölkerung 80 % der Ressourcen unserer Erde verbrauchen.
- *Gerechter Frieden statt gerechter Krieg !*

Es kann in unserer Zeit keinen gerechten Krieg mehr geben – deshalb müssen wir für einen gerechten Frieden kämpfen. Darauf orientieren die beiden großen christlichen Kirchen Deutschlands programmatisch schon länger. (11) Umso bemerkenswerter war es, mit welchem Hass proimperialistische Ideologen auf die Betonung gerade dieser Orientierung durch Bischöfin Margot Käßmann reagierten. So z. B. der Herausgeber der „Zeit“ Josef Joffe mit der Behauptung: „Käßmanns Pazifismus hilft nur den Kriegstreibern.“(12)

„Frieden schaffen ohne Waffen“ – das war die Grundidee für die Abkehr von der Vorstellung, Frieden erfordere die Fähigkeit zur Kriegführung. Es war die Leitidee für die Einsicht, dass Frieden nicht mit militärischer Gewalt erreicht werden kann. Greifen wir diese Idee wieder auf, um zunächst vor allem den Krieg in Afghanistan zu beenden, indem wir mit unseren Argumenten helfen, die Duldung dieses Krieges durch immer noch zu viele Mitbürger zu überwinden.

11 Die deutschen Bischöfe: Gerechter Friede. 27. September 2000 ; Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Oktober 2007.

12 J. Joffe: Bergpredigt für Kabul. In: Die Zeit, Nr. 4 v. 21.1.2010, S. 10.